

Regionale Zusammenarbeit mit der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC)

Hintergrund

Die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community, SADC) gilt als friedlichste und stabilste Region in ganz Afrika. Darüber hinaus bietet sie das größte wirtschaftliche Potential in Subsahara-Afrika, was vor allem auf die großen Rohstoffvorkomme (insbesondere Mineralien) zurückzuführen ist. Dennoch sind Armut und wirtschaftliche Ungleichheit in und zwischen den SADC-Mitgliedstaaten nach wie vor eine große Herausforderung. Immer noch verfügen fast 60 % der Einwohner der SADC-Staaten über nicht mehr als 1,90 USD pro Tag und leben damit unter der Armutsgrenze. Vor allem Frauen, junge Menschen sowie ethnische Minderheiten sind armutsgefährdet und werden zunehmend ausgegrenzt. Die SADC-Region ist außerdem stark von den Folgen des Klimawandels betroffen, der die Ernährungssicherheit vor allem jener gefährdet, die bereits in Armut leben.

Die SADC ist eine von acht Regionalorganisationen in Afrika, die unter dem Dach der Afrikanischen Union organisiert sind. Ihre Vorgängerorganisation, die Southern African Development Coordination Conference (SADCC), wurde in den 1980er Jahren als eine Vereinigung von Frontstaaten gegründet, die ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber dem mächtigen Südafrika und seinem Apartheid-Regime behaupten wollten. Nach dem Ende der Apartheid und der Aufnahme des neuen demokratischen Südafrika in die Regionalorganisation wurde 1992 die SADC gegründet, für die die Staaten gemeinsam neue Ziele definiert hatten. Die SADC hat momentan 16 Mitgliedstaaten mit insgesamt fast 300 Millionen Einwohnern: Angola, Botswana, die Komoren, die Demokratische Republik Kongo, Eswatini (Swasiland), Lesotho, Madagaskar, Malawi,

Mauritius, Mosambik, Namibia, die Seychellen, Südafrika, Tansania, Sambia und Simbabwe. Das SADC-Sekretariat hat seinen Sitz in Gaborone, Botsuana.

Die Ziele der SADC sind die Entwicklung der Region, die Förderung von Frieden, Sicherheit und Wirtschaftswachstum, die Verringerung der Armut, die Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensqualität der Menschen sowie die Unterstützung von sozial Benachteiligten durch eine regionale Integration, die auf demokratischen Prinzipien sowie einer gleichberechtigten, nachhaltigen Entwicklung beruht.





Ansatz

Die Stärkung der Afrikanischen Union, der SADC und anderer afrikanischer Regionalorganisationen ist ein langfristiges Ziel der Bundesregierung. Erreicht werden soll dieses durch die Integration von fragilen Staaten in Staatengemeinschaften, die auf dem Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung beruhen. Diese Gemeinschaften bilden große zusammenhängende Märkte mit Personen- und Kapitalfreizügigkeit, in denen Handelshemmnisse abgebaut werden, wodurch sie an Attraktivität für in- und ausländische Investoren gewinnen. Durch die Unterstützung der Integrationsziele der SADC will die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auch die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung voranbringen.

Zusätzlich zum multilateralen Engagement im Rahmen der Europäischen Union hat Deutschland seit der Gründung der SADC im Jahr 1992 400 Millionen Euro zur Unterstützung der Staatengemeinschaft bereitgestellt. Außerdem engagiert Deutschland sich im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in erheblichem Umfang in acht der sechzehn SADC-Mitgliedstaaten, nämlich der Demokratischen Republik Kongo, Madagaskar, Malawi, Mosambik, Namibia, Südafrika, Tansania und Sambia.

Die letzte Runde der Regierungsverhandlungen, die alle zwei Jahre zwischen der SADC und Deutschland stattfinden, wurde im Juni 2017 in Berlin mit einer Finanzierungszusage in Höhe von 47,5 Millionen Euro für die Jahre 2018 und 2019 abgeschlossen. Im Zuge der Verhandlungen bekräftigten die Teilnehmer ihre gemeinsamen Ziele: die Stärkung der

regionalen Zusammenarbeit zum Wohle der Einwohner und die Armutsbekämpfung. Die Zusammenarbeit wird in den Schwerpunktfeldern fortgeführt. Dies sind die Vertiefung der wirtschaftlichen Integration, das grenzüberschreitende Wassermanagement, der grenzüberschreitende Schutz und die Nutzung von natürlichen Ressourcen sowie die Anpassung an den Klimawandel. Darüber hinaus unterstützt Deutschland auch künftig die Umsetzung der regionalen Vereinbarungen auf nationaler Ebene sowie die Maßnahmen zur Förderung von Frieden, Sicherheit und guter Regierungsführung in der SADC-Region.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich eng an den politischen Schwerpunkten der SADC. Diese sind im Revised Regional Indicative Strategic Development Plan (RRISDP) und im Strategic Indicative Plan for the Organ on Politics, Defence and Security Cooperation (SIPO-II) der SADC definiert. Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) festgelegt. Die deutsche Botschaft in Gaborone ist für den politischen Kontakt zum Sekretariat der SADC und die Koordination von Entwicklungsmaßnahmen mit anderen Entwicklungspartnern zuständig. Die vom BMZ geförderten Entwicklungsprogramme werden von den folgenden Institutionen umgesetzt:

- KfW Entwicklungsbank
- GIZ – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
- PTB – Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Veröffentlicht von Deutsche Botschaft in Botsuana
Queens Road 1079-1084 (Main Mall)
P.O. Box 315
Gaborone, Botsuana
T (+267) 370 49 13
F (+267) 395 30 38
I www.gaborone.diplo.de

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH
1st Floor, Marula House, Prime Plaza
P.O.Box 202
Gaborone, Botsuana
T (+267) 395 74 00
F (+267) 395 97 50
I www.giz.de

KfW Entwicklungsbank
333 Grosvenor Street, Hatfield Gardens
Block C/ 0028 Hatfield
Pretoria, Südafrika
T +27 12 423 6354
F (+267) 395 97 50
I www.kfw-entwicklungsbank.de